

schaftshäusern für die „staatspolitische Erziehung“; er hielt die entsprechenden Programme der Wehrverbände, der SA und der SS für ausreichend.<sup>44</sup> Kerber unterstrich seine Worte mit der unverblühten Drohung: „Wenn eine solche Maßnahme (die Kasernierung der Studenten, d. A.), die nur geeignet ist, wirtschaftliche Schäden hervorzurufen, verwirklicht werden sollte, würde ich deshalb als Nationalsozialist genötigt sein, bei meiner vorgesetzten Dienststelle auf deren Beseitigung hinzuwirken.“

Ende Oktober verbreitete die Freiburger Zeitung einen Aufruf der Deutschen Studentenschaft an die Erstsemester, der mit der Aufforderung endete: „Das Wintersemester 1933/34 muß der Markstein in der Geschichte der deutschen Studentenschaft werden! Baut Eure bündische Erziehungsform! Hinein in die Kameradschaftshäuser der Studentenschaften und Korporationen!“<sup>45</sup> Dies alarmierte zahlreiche Vermieter, die gemeinsam einen Hilferuf an den Oberbürgermeister richteten. Sie schilderten ihm in bewegten Worten ihre Befürchtung, daß sie in Zukunft gezwungen sein würden, ihren Lebensunterhalt weiter einzuschränken, und daß ihnen keine andere Möglichkeit verbliebe, als städtische Unterstützung zu beantragen. „Beides dürfte nicht dem Willen unseres Führers entsprechen. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ebenso dringend wie inständig, gegen diese Härte der notleidenden verschämten Armen & Bedürftigen, Ihren persönlichen Einfluß gütigst geltend machen zu wollen.“

Tatsächlich wandte sich Kerber in dieser Angelegenheit nicht nur an den Rektor der Universität, sondern auch direkt an die zuständigen Ministerien in Karlsruhe und legte seinen Standpunkt dar: „Als Stadtoberhaupt und Nationalsozialist vermag ich in voller Übereinstimmung mit der hiesigen Fraktion der NSDAP bei aller Würdigung der staatspolitischen Notwendigkeit einer von sozialem Geist erfüllten Gemeinschaftserziehung des akademischen Nachwuchses eine äussere Notwendigkeit für die beabsichtigte Kasernierung der Studenten nicht einzusehen. Den auf Förderung der Volksverbundenheit abzielenden Bestrebungen wird m. E. viel besser gedient, wenn die Studenten wie bisher bei bedürftigen Volksgenossen Wohnung nehmen und hier nicht nur aufklärend wirken, sondern diesen Volksgenossen durch Zahlung von bescheidenen Mieten auch ihr Los erträglicher gestalten helfen.“ Das Schreiben endete mit der dringenden Bitte, daß sich sowohl das Innen- als auch das Kultusministerium bei den zuständigen Reichsstellen im Sinne der Stadt Freiburg gegen die Kasernierungsbestrebungen aussprechen mögen.

Anfang November unterrichtete das badische Kultusministerium den Freiburger Oberbürgermeister über eine Besprechung beim Reichsinnenminister. Trotz der aus Karlsruhe erhobenen Einwände – Kerbers Schreiben war offensichtlich nicht ohne Wirkung geblieben –, die Eröffnung der Kameradschaftshäuser dürfe auf keinen Fall zur Erfassung aller Studenten führen, betonte der Vertreter des Reichsinnenministeriums, daß dieses die Einführung von Kameradschaftshäusern durch die deutsche Studentenschaft in vollem Umfang billige und in jeder Form unterstützen werde.<sup>46</sup> Dennoch fand die Einführung der Kameradschaftshäuser nur in abgeschwächter Form statt. Die Studierenden sollten entgegen des ursprünglichen Konzepts nicht gezwungen werden, in ein Kameradschaftshaus einzuziehen.<sup>47</sup> Allerdings waren sowohl die DSt (Deutsche Studentenschaft) als auch ihre Vertreter vor Ort, die „Stu-